

Europa nach dem Brexit – Neuordnung der Machtverhältnisse?

Research-Snapshot



April 2019

Portfoliomanagement

Research & Investment Strategy

Summary

- ☑ Der Brexit bewegt das politische Machtgefüge in der Europäischen Union. Im Ministerrat gewinnen die südlichen und östlichen Staaten Gewicht, das deutsch-französische Tandem wird gestärkt.
- ☑ Dennoch beeinflusst der Austritt Großbritanniens wichtige Politik-Bereiche, wie die Außen- und Sicherheitspolitik oder die Größe und Verwendung des siebenjährigen Finanzrahmens nicht.
- ☑ Zudem wirkt sich der Brexit nicht auf die Politik innerhalb der Eurozone aus. Mithin betrifft er auch nicht die grundsätzlichen Meinungsunterschiede beim Thema Staatsverschuldung und Haushaltsdisziplin innerhalb der Währungsgemeinschaft.

Spätestens am 31. Oktober 2019 verlässt Großbritannien die Europäische Union – es sei denn, der Brexit wird noch komplett abgeblasen. Nachdem das nun endlich klar ist, lohnt ein Blick über den Tellerrand der tagesaktuellen Diskussionen und die Überlegung, welche Auswirkungen der Brexit auf das innereuropäische Machtgefüge haben wird.

Politik in Europas Räten

Das politische System der Europäischen Union (EU) umfasst zwei wichtige Institutionen, die sich leicht verwechseln lassen:

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, der Präsident der EU-Kommission, sowie der Vertreter/die Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik bilden den **Europäischen Rat**. Unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Rates erarbeitet dieser die grundlegenden Impulse für die Entwicklung der Gemeinschaft. Er legt allgemeine politische Ziele fest und setzt Prioritäten, hat selbst aber keine gesetzgebende Funktion. Entscheidungen fällt der Europäische Rat grundsätzlich im Konsens. Eine wesentliche Ausnahme bildet die Nominierung des Kommissionspräsidenten; sie muss mit einer qualifizierten Mehrheit erfolgen.

Im **Rat der Europäischen Union**, auch **Ministerrat** oder in den Europäischen Verträgen nur Rat genannt, versammeln sich die Minister eines bestimmten Fachbereiches, also beispielsweise die Finanz-, Bildungs- oder Verteidigungsminister aller Mitgliedstaaten. Der Ministerrat ist, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, das Hauptbeschlussorgan der EU. Er entscheidet über Gesetze – und zwar bei rund 80 Prozent aller Rechtsvorschriften mit qualifizierter Mehrheit.

Qualifizierte Mehrheit erfordert doppelte Mehrheit:

- Um ein Gesetz mit qualifizierter Mehrheit zu verabschieden, müssen mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten zustimmen. Bisher bedeutete dies: 16 der insgesamt 28 Minister müssen sich einig sein. Nach dem Brexit: 15 von 27.
- Außerdem müssen diejenigen Staaten, die sich einig sind, gemeinsam mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten.
- Schließen sich mindestens vier Mitglieder zusammen, die gemeinsam für mehr als 35 Prozent der EU-Bürger stehen, können sie eine Sperrminorität bilden und sich querstellen.

Entscheidungen innerhalb des Euroraums fallen übrigens ebenso nach diesem Prinzip der doppelten Mehrheit, beziehen sich aber natürlich lediglich auf diejenigen EU-Mitgliedstaaten, die Teil der Währungsfamilie sind.

Brexit verschiebt Machtgefüge

Der Brexit wirkt sich insbesondere auf die Machtstrukturen im Ministerrat aus. Mit Großbritannien verlassen nämlich 13 Prozent der gesamten aktuellen Bevölkerung die EU.

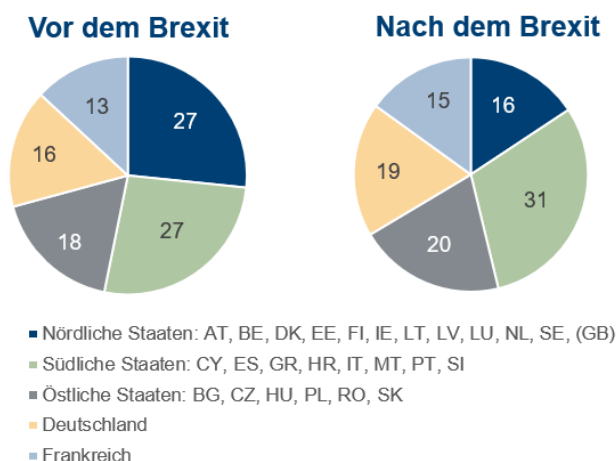
Aufgrund ihrer politischen Ausrichtung und (Abstimmungs-)Geschichte lassen sich die einzelnen Mitglieder innerhalb des Rates verschiedenen „informellen“ Gruppen zuordnen. Die Ursachen hierfür sind sicherlich spannend zu erkunden, führten an dieser Stelle aber zu weit weg vom Thema.

Die Gruppe der nördlichen Staaten (Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Schweden) vertritt üblicherweise eine stärker marktwirtschaftlich orientierte Politik. Sie fordert eine restriktivere Haushaltspolitik und appelliert bisweilen deutlich an die Selbstverantwortung der Mitglieder. Auch Großbritannien war bisher Teil dieser Gruppe.

Deutschland und Frankreich nehmen aufgrund ihrer Größe und des damit einhergehenden politischen Gewichtes eine Sonderrolle ein und werden darum an dieser Stelle separat betrachtet. Ansonsten lässt sich Deutschland tendenziell in vielen Politikbereichen der nördlichen Gruppe zuordnen.

Die südlichen Staaten (Griechenland, Italien, Kroatien, Malta, Portugal, Slowenien, Spanien, Zypern) engagieren sich hingegen eher für eine Flexibilisierung der Haushaltspolitik sowie eine Vergemeinschaftung der Risiken. Bulgarien, Polen, Rumänien, die Slowakei, Tschechien und Ungarn bilden die wirtschaftspolitisch eher fragmentierte Gruppe der östlichen Staaten.

Prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung



Quellen: Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union (2018), European Parliament Think Tank (2018).

Durch den Brexit verliert der Norden ein gewichtiges Mitglied; das Machtgefüge schiebt sich vom Norden gen Süden. Konkret: Ohne Großbritannien sinkt der prozentuale Anteil der nördlichen Staaten an der Gesamtbevölkerung von 27 auf 16 Prozent. Parallel dazu können die südlichen Staaten ihr Gewicht von 27 auf 31 Prozent und die östlichen Staaten von 18 auf 20 Prozent steigern. Es ist somit denkbar, dass die südlichen und östlichen Staaten gemeinsam mit Frankreich eine qualifizierte Mehrheit erreichen und Gesetze gegen den Willen des Nordens und Deutschlands verabschieden.

Umgekehrt gewinnt das deutsch-französische Tandem künftig an Einfluss, falls es in ein- und dieselbe Richtung pedaliert: Paris und Berlin vertreten nach dem Brexit gemeinsam 34 Prozent der Gesamtbevölkerung, zuvor waren es 29 Prozent. Somit wird es schwer, Entscheidungen gegen eine deutsch-französische Allianz zu fällen. Gemeinsam mit zwei weiteren Mitgliedstaaten erreichen Deutschland und Frankreich eine Sperrminorität im Rat und können Gesetzesvorhaben blockieren.

Ohne Großbritannien wird sich die europäische Politik vor allem in denjenigen Bereichen verändern, in denen London bisher treibende Kraft war, beispielsweise beim Thema Vertiefung des Binnenmarktes, Förderung von Freihandel und dem Vorantreiben der Kapitalmarktunion.

Obwohl London dem Thema Risikotransfer grundsätzlich kritisch gegenüber stand, hielt man sich dort aber beispielsweise in der Diskussion über die Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems (EDIS) bisher auffallend zurück.

Keinen direkten Einfluss entfaltet der Brexit hingegen auf Politikfelder, in denen der Ministerrat einstimmig entscheidet. Hierzu zählen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der mehrjährige Finanzrahmen. Letzterer bestimmt die maximale Größe der für jeweils sieben Jahre zur Verfügung stehenden Geldtöpfe. Er bestimmt Richtung und Umfang der gemeinsamen Ausgaben und umfasst für den Zeitraum von 2014 bis 2020 insgesamt 960 Milliarden Euro. Siebzig Prozent davon gibt Brüssel für Agrarpolitik und Struktur- und Kohäsionspolitik aus.

In der Diskussion um eine Transferunion, konkret zum Beispiel über die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung, stärkt der Brexit zwar diejenigen Staaten, die vom Lasten-/ Risikoausgleich profitieren. Allerdings entscheidet der Ministerrat auch in diesem Bereich der sozialen Sicherheit im Konsens.

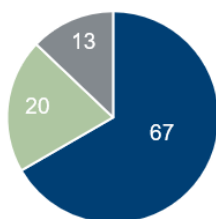
Mehr Macht dem Euroraum

Durch den Austritt Großbritanniens gewinnen die Mitgliedstaaten der Währungsgemeinschaft Gewicht. Sie können ihre bereits bestehende Dominanz im Ministerrat ausbauen. Umgekehrt sinkt der Einfluss der Nicht-Eurostaaten Bulgarien, Dänemark, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien und Ungarn. Aufgrund ihrer per se unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen machen diese zwar bisher sowieso nur selten gemeinsame Sache. Dennoch wird spannend, wie sich die Verhandlungsdynamik künftig ändern wird. Die neue Gemengelage könnte beispielsweise Impulse für Staaten ohne Euro setzen, ebenfalls unter den Deckmantel der Gemeinschaftswährung zu schlüpfen.

Grundsätzlich gilt: Ein großer Teil der öffentlichen Diskussion um wirtschaftspolitische Differenzen zwischen Nord und Süd betrifft die Eurozone. Zwar begründete der Vertrag von Maastricht die EU in ihrer heutigen Form – und Großbritannien hat unterschrieben. Die in diesem Vertrag definierten Maastricht-Kriterien beziehen sich aber nur auf die Wirtschafts- und Währungsunion. Auf muntere Debatten über Staatsverschuldung und Haushaltsdisziplin hat der Brexit per se keine Auswirkungen.

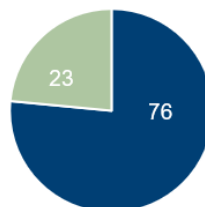
Prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung

Vor dem Brexit



- Euro-Staaten
- Sonstige Nicht-Euro-Staaten
- Großbritannien

Nach dem Brexit



- Euro-Staaten
- Nicht-Euro-Staaten

Quellen: Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union (2018), Stiftung Wissenschaft und Politik (2018).

Zusammenfassung

Der Brexit verschiebt die Macht im Ministerrat von Nord nach Süd und Ost. Künftig vertreten Deutschland und die nördlichen Staaten gemeinsam lediglich 35 Prozent der Gesamtbevölkerung, Frankreich und die südlichen Staaten dagegen 46 Prozent, gemeinsam mit den östlichen Staaten sogar 66 Prozent.

Ohne Großbritannien wächst der Einfluss des deutsch-französischen Tandems, ohne dessen Zustimmung künftig praktisch keine politischen Entscheidungen getroffen werden können. Spannend wird es darum, falls Deutschland und Frankreich weiterhin wenig(er) vehement an einem Strang ziehen, wie es bei Macrons Vorschlägen in den vergangenen Monaten der Fall gewesen ist.

Dennoch hat der Brexit auf wichtige Politik-Bereiche in Europa nur wenig Auswirkungen: Zum einen erfordern wesentliche Politikfelder Einstimmigkeit im Ministerrat. Zum anderen bleibt die wirtschafts- und finanzpolitische Agenda innerhalb des Euroraums vom Brexit weitgehend unberührt – und mit ihr all jene Diskussionen um Haushaltsdisziplin und Staatsverschuldung, in denen sich die Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen Staaten besonders bemerkbar machen.

Der Austritt Großbritanniens bewegt das europäische Machtgefüge, vor allem im Ministerrat. Die grundlegende politische Ausrichtung der Union stellt er aber nicht auf den Kopf.

Quellen

- Bundeszentrale für politische Bildung (2019): [Mehrfähriger Finanzrahmen](#).
- Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union (2018): [Abstimmungsverfahren](#).
- European Parliament Think Tank (2018): [The Impact of the UK's Withdrawal on EU Integration](#).
- Stiftung Wissenschaft und Politik (2018): [Die Nicht-Euro-Staaten in der EU nach dem Brexit](#).

Rechtliche Hinweise

Dieses Dokument ist ausschließlich für professionelle Kunden vorgesehen. Alle Informationen in diesem Dokument stammen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der Verfasser nicht ein. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Die Inhalte dieser Kundeninformation stellen keine Handlungsempfehlung dar, sie ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Dieses Dokument wurde von Union Investment Institutional GmbH mit Sorgfalt erstellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Union Investment übernimmt keine Haftung für etwaige Schäden oder Verluste, die direkt oder indirekt aus der Verteilung oder der Verwendung dieses Dokuments oder seiner Inhalte entstehen. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Kontakt: Union Investment Institutional GmbH, Weifrauenstrae 7, 60311 Frankfurt am Main, Telefon 069 2567-7652, Fax: 069 2567-1616, institutional@union-investment.de, www.institutional.union-investment.de

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen: 15.04.2019, soweit nicht anders angegeben.